

Doppelte Standards

von Judith Bernstein¹

Die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe existiert seit mehr als 20 Jahren und wurde zum ersten Mal vor drei Wochen von dem Münchner SPD-Abgeordneten Axel Berg eingeladen. Obwohl alle Zeitungen über die Gruppe berichtet haben, wird die Gruppe von den kommunalen Politikern in München völlig ignoriert. Dies steht in diametralem Gegensatz zur Resonanz in der breiten Öffentlichkeit.

Unsere Veranstaltungen haben großen Zulauf, weil die Menschen nach anderen Informationsquellen als nach den Verlautbarungen der Politik suchen. Dieses Verhalten ist symptomatisch für das Verhältnis deutscher Politiker zu Palästinensern und Israelis. Während die Politiker von den „ausgezeichneten Beziehungen“ zu Israel sprechen, begegnen weite Teile der deutschen Bevölkerung der israelischen Politik mit Fassungslosigkeit oder scharfer Ablehnung. Diese wachsenden antiisraelischen Einstellungen und Gefühle, die vor den Juden in Deutschland nicht halt machen, hängen stark mit der Fortdauer des Konflikts zusammen. Viele Menschen hierzulande können das Verhalten der Israelis gegenüber den Palästinensern nicht nachvollziehen, und daher wird die Kluft zwischen der öffentlichen und der offiziellen Meinung immer stärker.

Das Problem sehe ich in den doppelten Standards. Es ist richtig, von der palästinensischen Regierung die Anerkennung des Staates Israel zu verlangen, dem Terror abzuschwören und bestehende Vereinbarungen einzuhalten. Gleichzeitig muss jedoch von der israelischen Regierung verlangt werden, den Boykott von Hamas aufzuheben, der die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens trifft, die militärischen Interventionen zu beenden, Verträge und Resolutionen einzuhalten und der Gründung eines souveränen und lebensfähigen Staates Palästina den Weg zu ebnen. So wie die Siedler, die illegal in den palästinensischen Gebieten leben, als Teil der israelischen Gesellschaft angesehen werden, so repräsentiert Machmud Abbas nur einen Teil der palästinensischen Gesellschaft. Daher sollte zwischen Hamas und Fatah vermittelt werden, da keine Vereinbarung ohne Hamas umgesetzt werden kann. Deshalb sollte man nicht **gegen**, sondern **mit** Hamas verhandeln. Wenn Hamas kein Partner für Israel ist, kann den Palästinensern nicht zugemutet werden, mit einer Partei wie „Israel Beitenu“ („Unser Haus Israel“) zu verhandeln, die ihnen nationale Rechte verweigert. Israel sucht für seine Bürger Sicherheit. Das ist auch legitim. Wird aber auch nach der Sicherheit der Palästinenser gefragt?

Während sich seit Jahren europäische Politiker „besorgt“ zeigen, hat Israel Siedlungen erweitert, die Trennmauer erbaut und Checkpoints errichtet. Solange kein Druck von außen kommt, hat Israel keinen Anlass, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Und wenn sich Joschka Fischer jüngst bei einer Konferenz in Salzburg sehr pessimistisch äußert, weil der Konflikt von den Religionen überlagert sei, dann frage ich mich: Warum ist es denn so weit gekommen? Warum hat man nicht schon vor Jahren eingegriffen?

Deutschland und die EU müssen stärker zu einem dauerhaften Frieden beitragen. Die Politik der doppelten Standards muss aufhören. Deutschland darf bei der Suche nach einer gemeinsamen europäischen Politik nicht länger die Bremserin sein. Der Kreislauf aus Kritik, Antisemitismusvorwurf und Einknicken muss gebrochen werden. Offizielle Institutionen müssen den Mut aufbringen, Israel und dem Zentralrat zu widersprechen, wenn es sich nicht mit dem Demokratieverständnis der Bundesrepublik vereinbaren lässt, wie wir dies Anfang des Jahres bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in München erlebt haben. Ansonsten wird der Antisemitismus sowohl in der arabischen Welt als auch im Westen immer stärker.

Eine berechtigte Kritik ist kein Antisemitismus. Aber ich möchte betonen, dass ich keinen Beifall von der falschen Seite erhalten möchte. Antisemitismus wie jede Form von Rassismus muss man bekämpfen. Wenn wir den Menschen dort helfen wollen, müssen wir mit dem Missbrauch des Holocaust Schluss machen. Die Shoah gehört als Mahnung für alle Zeiten in die deutsche, europäische und Menschheitsgeschichte. Leider wird sie von allen benutzt: von Deutschen, Israelis,

¹ Vortrag am 24.10.207 vor dem „Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung“ der SPD-Berlin im Abgeordnetenhaus.

Juden und mittlerweile auch von Palästinensern und Moslems wie Ahmadinejad. Der Vergleich zwischen dem Holocaust und der Besatzungspolitik dient weder Palästinensern noch Israelis, weil er unsere Augen vor der Realität verschließt, die schlimm genug ist. Außerdem unterliegen die Geschehnisse vor Ort einer eigenen Dynamik.

Deutschland und die EU müssen der israelischen Regierung klar machen, dass Menschenrechtsverletzungen inakzeptabel sind und dass die jetzige Politik Israels selbstzerstörerisch ist. Die moralischen Verfallserscheinungen als Ergebnis der Besatzung sind nicht aus dem israelischen Alltag wegzudenken. Die dauerhafte politische Existenz Israels hängt von einem souveränem Staat Palästina neben Israel und vom Frieden mit den arabischen Nachbarstaaten ab. Sonst bleibt Israel immer ein Fremdkörper in der Region.

Frieden wird nicht alle Probleme in der Region lösen, aber er dürfte eine Dynamik in Gang setzen, die den Extremisten den Boden entzieht. Denn die Palästinenser sind zum Symbol der kolonialen Unterdrückung und Ungerechtigkeit geworden. Allein Sonntagsreden mit der Forderung nach einer Zweistaatenregelung zu halten, ohne dafür zu sorgen, dass ein palästinensischer Staat in den Grenzen von 1967 entsteht, reichen nicht aus. Sollte die Konferenz in Annapolis zur Farce werden, dann droht in den palästinensischen Gebieten ein Chaos – ein idealer Nährboden für Al Qaida.

mail@juedische-stimme.de
www.juedische-stimme.de